

und an die hohe Staatsregierung diesfalls einen Antrag zu stellen.“ Die Deputation glaubt nämlich, daß dies dem Bedürfnis besser entsprechen dürfte. Da die Kammer von den Gründen bereits in Kenntniß gesetzt ist, so würde eine weitere Verlesung derselben wohl nicht nöthig sein.

(Königl. Commissar Baumeister tritt ein.)

Präsident D. Haase: Hat Jemand in Bezug auf §. 6 der Ausführungsverordnung und auf die beiden gestellten Anträge und Vorschläge der Deputation etwas zu bemerken? — wenn nicht, so würde ich zunächst den ersten Vorschlag der Deputation zur Abstimmung bringen. Derselbe ist im Bericht enthalten und lautet: „die hohe Staatsregierung zu ersuchen, die §. 6 genannten Theilgrößen des Ackers in Scheffel, halbe Scheffel, Viertel, Mehen und Mätschen gänzlich außer Gebrauch zu setzen, und als künftig anwendbare Theilgrößen des Ackers, außer den natürlichen des $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{8}$ Ackers, nur □ Ruthen nachzulassen.“ Ist die Kammer der Ansicht der Deputation? — Einstimmig Ja. —

Präsident D. Haase: Ein zweiter, damit zusammenhängender Antrag der Deputation befindet sich im Berichte, wo sie empfiehlt: „Sich behufs des neuen Flächenmaasses für den Vorschlag unter g., wornach der Acker aus 600 □ Ruthen (die □ Ruthe = 9 □ Metern oder 100 neuen □ Fuß) bestehen wird, zu entscheiden, und an die hohe Staatsregierung diesfalls einen Antrag zu stellen.“ Ist auch hierin die Kammer der Ansicht der Deputation? — Ebenfalls einstimmig Ja. —

Zu §. 7 (s. Nr. 95, Seite 1954 flg.) äußert

Referent D. v. Mayer: Die Deputation hat hierbei zwei Vorschläge gemacht. Der erste ist von dem Wunsch ausgegangen, 1) daß es nicht bloß für das Brennholz, sondern auch für die Bruchsteine künftig ein festes Maas geben möchte. Es ist sehr übel, daß fast jeder Steinbruch eine andere Art und Weise hat, seine Steine zum Verkauf zu setzen, und wenn Jemand aus einem fremden Steinbruche Steine kauft ohne sie gesehen zu haben, er nie weiß, was er bekommt, weil es bald in Stößen, oder Haufen, oder Klastern, oder wie sonst gebräuchlich gesetzt ist. So scheint es allerdings dem Bedürfnis zu entsprechen, daß ein allgemeines Maas auch für die Bruchsteine festgesetzt werde. Es ist der Deputation nicht bekannt, daß irgend ein Bedenken dagegen besteht. Die Deputation hat daher den Antrag gestellt: „daß die hohe Staatsregierung ersucht werden möge, bei Einführung des neuen Maassystems nicht bloß für das Brennholz, sondern auch für die Bruchsteine ein aus dem allgemeinen Systeme abgeleitetes allgemeines Maas zur Einführung zu bringen.“ 2) Ist bei dieser §. das Bedenken von der Deputation aufgestellt worden, warum man ohne Noth noch eine andere Größe des Klasternholzes fortbestehen lassen wolle, als den Schragen. Ein solcher enthält 3 Klastern, und es kann für den Verkehr kaum irgend einen Vortheil bieten, die Quantität nach Schragen, statt nach Klastern zu bestimmen. Es scheint ein bloßes Gewohnheitsmaas zu sein, das wohl kaum wirklich

in Holz aufgesetzt wird, und da eine solche Benennung also auch keinen praktischen Werth hat, so ist es wünschenswerth, daß sie außer Gebrauch gesetzt werde. Die Deputation hat daher den Antrag gestellt: „die hohe Staatsregierung zu ersuchen, den Schragen unter die gesetzlichen Maasse nicht mit aufzunehmen, sondern bei der einstweiligen Duldung dieser Benennung auf administrativem Wege dahin zu wirken, daß dieselbe, sowie aus der Staatsverwaltung und dem gerichtlichen Verkehr, auch aus dem gemeinen Verkehr nach und nach gänzlich verschwinde.“

Präsident D. Haase: Hat Jemand bei dieser §. 7 hinsichtlich der von der Deputation dabei gemachten beiden Vorschläge etwas zu bemerken? Ich bringe nun die Vorschläge der Deputation in Frage. Zunächst frage ich: will die Kammer die hohe Staatsregierung ersuchen: „bei Einführung des neuen Maassystems nicht bloß für das Brennholz, sondern auch für die Bruchsteine ein aus dem allgemeinen Systeme abgeleitetes allgemeines Maas zur Einführung zu bringen? — Einstimmig Ja. —

Präsident D. Haase: Die zweite Frage ist: „will die Kammer die hohe Staatsregierung ersuchen, den Schragen unter die gesetzlichen Maasse nicht mit aufzunehmen, sondern bei der einstweiligen Duldung dieser Benennung auf administrativem Wege dahin zu wirken, daß dieselbe sowie aus der Staatsverwaltung und dem gerichtlichen Verkehr, auch aus dem gemeinen Verkehr nach und nach gänzlich verschwinde?“ — Einstimmig Ja. —

Referent D. v. Mayer geht zu §. 8, nebst Deputationsgutachten über (s. Nr. 95, Seite 1956.)

Präsident D. Haase: Ist die Kammer mit der von der Deputation hiezu gemachten Redaktionsbemerkung (s. Nr. 95, Seite 1956) einverstanden? — Allgemein Ja. —

Referent D. v. Mayer trägt §. 9 nebst Gutachten vor (s. Nr. 95, Seite 1957).

(Staatsminister v. Könneritz tritt ein.)

Präsident D. Haase: Hat Jemand bei §. 9 der Verordnung etwas zu bemerken? — Die Deputation hat, wie eben erwähnt, hier zwei Vorschläge gemacht; sie befinden sich im Berichte. In Folge derselben frage ich die Kammer: will dieselbe die hohe Staatsregierung ersuchen, „die Benennungen Anker und Fuder gesetzlich nicht nachzulassen, sondern auf deren thunlichste Abschaffung hinzuwirken“? — Einstimmig Ja. —

Präsident D. Haase: Der zweite Vorschlag der Deputation geht dahin: „die hohe Staatsregierung zu ersuchen, in der künftigen Ausführungsverordnung die weitere Theilung in $\frac{1}{2}$, $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{8}$ nur beim Eimer nachzulassen, und insoweit die vorliegende Fassung des Schlusssatzes zu verändern.“ Ist die Kammer damit einverstanden? — Einstimmig bejaht. —

Referent D. v. Mayer trägt §. 10 vor (s. Nr. 95, Seite 1957) und äußert: Es ist hierbei noch zu bemerken, daß in